

Aktenzeichen

Kitzingen, 19.06.2019

22-0422

Federführung: Sachgebiet 22

Vorlage-Nr.: SG 22/225/2019

Bearbeiter: Renate Zirndt

Tel.Nr.: 09321/928-2200

Beratungsfolge:	Status:öffentlich/nicht öffentlich	Termin:
Umwelt-, Verkehrs- und ÖPNV-Ausschuss	öffentlich / Information	24.07.2019

Stärkung der E-Mobilität - Ergebnis der Mitarbeiterumfrage

I. Vortrag:

Mit Schreiben vom 02.03.2019, eingegangen per E-Mail am 02.03.2019, stellte die ödp-Kreistagsgruppe Anträge zur Stärkung der E-Mobilität. In der Sitzung des Umwelt-, Verkehrs- und ÖPNV-Ausschusses am 11.03.2019 wurden die Anträge (E-Ladestation im Kreisbauhof, Entscheidungsvorbehalt des Kreisausschusses bei Beschaffung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren sowie Beschaffung je eines Fahrrades, E-Bikes und Pedelecs) einstimmig abgelehnt.

Auch wurde beantragt, E-Ladestationen auf dem Bereich des Mitarbeiterparkplatzes am Hindenburgring zu installieren. Hierzu wurde erläutert, dass der ursprünglich angedachte Standort einer öffentlichen Ladestation am Gebäude „Alte Poststraße 6“ aufgegeben wurde, weil nach der Änderung der Zufahrtssituation zu diesen Flächen die öffentliche Zugänglichkeit nicht mehr gewährleistet ist.

Der Bedarf einer E-Ladestation, die vom Landkreis Kitzingen für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zum kostenfreien Laden ihrer Privatfahrzeuge auf dem Parkplatz am Hindenburgring installiert werden sollte, wurde über eine Umfrage festgestellt.

Diese Umfrage richtete sich im März 2019 an die rd. 390 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes und hatte folgendes Ergebnis:

Im Laufe des Jahres 2019 werden vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einem Elektrofahrzeug bzw. Plug-In-Hybrid-Fahrzeug an ihre Arbeitsstelle bzw. an ihren Dienstort nach Kitzingen fahren.

Keine/r dieser Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterinnen benötigt aufgrund der Entfernung des Wohnortes zur Arbeitsstelle eine Lademöglichkeit am Landratsamt. Gleichwohl haben zwei Mitarbeiter bei der Umfrage angegeben, die Lademöglichkeit zu brauchen.

Mittelfristig planen in den nächsten zwei bis fünf Jahren vier weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Kauf eines Elektrofahrzeuges. Auch bei ihnen wird aufgrund der Entfernung des Wohnortes zur Arbeitsstelle keine Lademöglichkeit benötigt. Gleichwohl wurde deren Erforderlichkeit in der Umfrage angegeben.

Die Verwaltung wird die Entwicklung beobachten und bei Veränderungen berichten.

Tamara Bischof
Landrätin